



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/V/272

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33  
21. November 1950

Hinweise  
auf den Inhalt:

Die CDU nach den Wahlen	S.1
Englische Diskussionen um die deutsche Wiederaufrüstung	S.3
UNO-Truppen am Yalu - Fluß	S.4
Italiener wollen aus Argentinien rückwandern	S.5

## Partei auf dem Abstieg

P.R., Bonn, im November

Den Rest des Jahres wird der Kanzler alle Hände voll mit dem Versuch zu tun haben, das Porzellan seiner Partei, das am 19. November in Scherben ging, zu kitteln. Die Zahl seiner Freunde, die gewillt sind, ihm dabei zu helfen, wird von Tag zu Tag geringer. Immer zahlreicher ist die Zahl derer, die begreift, dass die Niederlage der CDU eine Niederlage der Partei Adenauer ist und sie ahnen wohl, dass die kurze Epoche eines kalten Glanzes, der den Kanzler in ihren Augen umgab, zu Ende zu gehen beginnt.

Geschickte Rechner der CDU haben herausgebracht, dass alles nicht so schlimm sei. Ein Mißerfolg, gewiss, aber nicht mehr, so etwas könne immer vorkommen. Sie übersehen das Systematische des Vorgangs, denn was sich in Hessen und in Württemberg-Baden und sehr bezeichnend auch in einem Wahlkreis des Landes Nordrhein-Westfalen zutrug, war kein Zufall, sondern das logische und sehr natürliche Ergebnis einer ganz bestimmten Politik. Sie bestand in dem Bemühen Adenauers, eine Partei, die von ihrem Beginn an eine heterogen zusammengesetzte Notlösung war und die nur mit grosser Elastizität und noch mehr Fingerspitzengefühl über die schweren Hürden der Nachkriegszeit hätte gebracht werden können, in das Korsett seiner eigenen starren und überalterten Vorstellungswelt zu zwingen. Darin wird Adenauer scheitern, wenn er selbst es vielleicht auch noch nicht sieht oder nicht sehen will.

Wer die beiden Gegenspieler im Bundestag in der Debatte über die deutsche Wiederaufrüstung erlebte, den kühlen, müden Kanzler

und den leidenschaftlich lebendigen Oppositionsführer, war vor allem von der vollständigen politischen Phantasielosigkeit des ehemaligen Oberbürgermeisters von Köln und preussischen Staatsrates beeindruckt, der hier nicht in glänzender, sondern beängstigender Vereinsamung an der Regierungsspitze der deutschen Bundesrepublik in ihrem bisher entscheidungsvollsten Augenblick stand, ein Mann mit höchsten politischen Ambitionen und doch im Grunde kein homo politicus.

Die CDU hat, wie sich heute darstellt, in den vergangenen Jahren nur leben können durch Adenauer, aber sie wird auch eines Tages an ihm sterben. Dazu gehört nach dem Anschauungsunterricht des letzten Jahres keine besondere Prophetengabe. Die Symptome der schweren Krankheit in dieser Partei haben sich gehäuft. Sie will nun der Gefahr durch einige kräftige chirurgische Eingriffe begegnen. Auf der einen Seite sollen offenbar die "Schwarz-weiss-roten" innerhalb der CDU herausgeschnitten werden, dann sind es die Protestanten im doppelten Sinne des Wortes, die von den besorgten Hütern der jungen CDU-Tradition Adenauerscher Prägung als Fremdkörper empfunden werden. Gewiss werden sich diese Dinge nicht von heute auf morgen, aber sie werden sich mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit vollziehen, mögen auch im Augenblick die zentrifugalen mit den am Kern haftenden Kräften noch einigermassen die Waage halten.

Festgefügte politische Gemeinschaftskörper können durch Rückschläge erschüttert werden, aber sie brauchen deshalb nicht auseinanderzufallen. Die CDU indessen verkennt heute so wie bisher den verschwommenen, unbestimmten Zwitter-Charakter ihres eigenen Wesens, wenn sie sich über ihr tödliches Dilemma hinwegzutäuschen versucht. Dass diese Entwicklung so weit fortgeschritten ist, ehe es schon zu allgemeinen direkten und freien Wahlen in --ganz-- Deutschland kam, unterstreicht nur die Schwäche dieser Partei auf dem Abstieg.

+ + + +

Auch englische "Bewusstseinspaltung"

E.H.London, im November

In der englischen Presse kann man seit einiger Zeit tiefgründige Untersuchungen und Berichte über die deutsche "Bewusstseinspaltung" oder Entschlussunfähigkeit in der Frage der Wiederaufrüstung lesen. Die Berichte sind meist recht sachlich gehalten, übergehen aber den Einwand Dr. Schumachers, dass die Verhandlungen noch immer "im Geiste der bedingungslosen Kapitulation" geführt werden. Mit anderen Worten, dass man in dieser Frage über Deutschland, aber nicht mit Deutschland verhandelt.

Inzwischen stellt sich aber heraus, dass man auch in England etwas Angst vor der eigenen Courage bekommen hat. Die "Bewusstseinspaltung" wird auch in englischen politischen Kreisen mehr als deutlich. Es begann mit einer äusserst heftigen Rede des bekannten links-sozialistischen Abgeordneten Richard Crossman im Wahlkreis seines Freundes Aneurin Bevan. Er lehnte die Wiederaufrüstung Westdeutschlands als ein Symptom dafür ab, dass man versuche, den kalten Krieg allein mit militärischen Methoden zu gewinnen und sich um die Lösung der politischen Aufgabe zu drücken, eine von den Machtkolossen Amerika und Russland unabhängige positive antikommunistische Politik zu betreiben. Damit klingt wieder einmal die von dem Labour-Sekretär Morgan Phillips totgesagte "dritte Kraft" an. Dann haben 22 Abgeordnete der sozialistischen Linken, darunter auch Crossman, zwei Anträge im Unterhaus eingebracht, die zwar die Aussenpolitik Bevins nicht missbilligen, ihr aber eine Richtung vorzuschreiben suchen, die auf deutliche Konzessionen an die Sowjet-"Friedens"-Offensive hinausläuft. Jedoch herrscht die "Bewusstseinspaltung" nicht nur im Labour-Lager. Der Fraktionsführer der Konservativen im Oberhaus, der Marquis von Salisbury, sah sich veranlasst, ebenso wie die Labour-Linke die Regierung zu ermahnen, den Russen in ihrer "Verhandlungsbereitschaft" entgegenzukommen.

Solche Vorgänge sind auch für uns nicht gerade ein hoffnungsvolles Vorspiel zu dem angekündigten Besuch von Aussenminister Bevin in Westdeutschland. Der Besuch ist auf den 9. Dezember vorverlegt worden. Ursprünglich wollte Bevin nach der am 14. Dezember in Brüssel beginnenden Aussenministerkonferenz der Mächte des Brüsselpaktes nach Bonn kommen, aber er hat es für richtiger gehalten, sich zuerst der Haltung der Deutschen zu den Verteidigungsplänen zu versichern, bevor er zu den Brüsseler Beratungen fährt, auf denen auch "der deutsche Beitrag" behandelt werden soll. + + +

UNO - Truppen am Yalu

sp. Während man in Lake Success auf die chinesische Delegation aus Peking wartet, haben Vorhut der UNO-Truppen die koreanisch-mandschurische Grenze erreicht. Der Vormarsch ging fast kampflos vor sich und es gibt zurzeit nur wenig Anzeichen dafür, dass die UNO-Truppen bei der weiteren Besetzung des Südufers des Yalu auf Widerstand stoßen werden. Der kritische Punkt wird gekommen sein, sobald sich die Truppen McArthurs den vielgenannten Kraftwerken nähern, von denen das grösste mit einer Kapazität von 100 000 kw etwa 80 km vor der Mündung des Yalu liegt. Die Anlagen stammen aus der Zeit der japanischen Okkupation, sie waren von den Japanern als Energiequelle für die industrielle Erschliessung des rohstoffreichen Gebietes links und rechts vom Yalu erbaut worden.

Die UNO-Truppen sind mit aller gebotenen Vorsicht vormarschiert, sie haben noch die Verwirrung in den Gliedern, die vor etwa 14 Tagen das plötzliche Auftauchen einer rotchinesischen Armee in Nordkorea angerichtet hatte. Das Rätsel, warum die chinesischen Divisionen mitten im Erfolg den Kampf abgebrochen und sich nach dem Norden zurückgezogen haben, ist bis heute noch nicht gelöst. Militärische Gründe dürften dafür kaum massgebend gewesen sein. Es scheint immer mehr, dass das Eingreifen Mao-Tse-Tungs in Nordkorea eine politische Demonstration war, die um des besseren Eindrucks willen militärisch besonders imposant gestaltet wurde. Mao, der seit seinem Sieg über Tschiankaischek in die UNO drängt, hat vermutlich zeigen wollen, was er könnte, wenn er wollte und man wird zugestehen, dass ihm diese Absicht gelungen ist. Dass Maos Wollen gut und friedlich bleibe, wird die Amerikaner einiges kosten, es wird auch nicht durch die jetztige amtliche Feststellung des Hauptquartiers McArthurs billiger, dass die 38. rotchinesische Armee in einem geschlossenen Verband in Nordkorea einmarschiert sei, womit man die bisher aufrechterhaltene Fiktion von "Freiwilligen" aufgegeben hat.

Truman und Acheson sind entschlossen, "alle mit der Ehre im Einklang stehenden Schritte" zu unternehmen, um Rotchina ausserhalb des Korea-Konfliktes zu halten. Mao-Tse-Tung kennt seine eigene Stärke, er weiss, dass General Winter auf seiner Seite ist, weil die UNO-Truppen auf den vereisten und verschneiten Strassen ihr materielles

Übergewicht nicht zur Geltung bringen können und auch die Luftwaffe unter den jahreszeitlichen Bedingungen auf ein Minimum ihrer Wirksamkeit beschränkt ist, während die genügsamen Soldaten Maos alle Vorteile einer mit Land und Klima vertrauten Truppe in der Hand haben. Das wird das Bemühen Trumans um eine friedliche Regelung nicht erleichtern, zumal nach den letzten Kongresswahlen die Stimmung in den USA Kompromissen nicht sehr zugeneigt ist.

Die Ankunft der chinesischen Delegation in Lake Success wird über den geforderten Preis Maos für ein Fernbleiben vom koreanischen Kriegsschauplatz Aufschluss geben. Man wird dann auch erfahren, ob die bereits ventilerte "Pufferzone", ein demilitarisierter Streifen südlich vom Yalufluss, zu den Bedingungen Maos gehört, ein Gedanke, der des Charakters eines Provisoriums nicht entbehrt und eher auf einen Waffenstillstand bis zum Frühjahr denn auf einen wirklichen Friedensschluss hindeutet. Eine weitere Schwierigkeit dürfte die Frage bieten, wer diese Pufferzone zu verwalten hat. Südkorea hat bereits schärfsten Widerstand dagegen angemeldet, dass diese Zone den nordkoreanischen Behörden überantwortet werde. Aber Mao-Tse-Tun, dessen 38. Armee nicht nur wegen Korea allein mobilisiert, man kann füglich erwarten, dass das ganze Problem Ostchina und Formosa bei dieser Gelegenheit ins Rollen kommt. Mao hat sich für diese Auseinandersetzung nicht schlecht gewappnet.

#### Italienische Auswanderer von Argentinien enttäuscht.

sp. Während die deutsche Presse ankündigt, dass eine amtliche argentinische Kommission in Bonn die Möglichkeiten einer verstärkten deutschen Auswanderung von Facharbeitern und Landwirten studieren werde, nehmen in den italienischen Zeitungen die Nachrichten über steigende Unzufriedenheit der 190 000 Auswanderer zu, die in den letzten drei Jahren die Reise über das grosse Wasser angetreten haben.

Die meisten von ihnen sind enttäuscht, viele möchten zurückkehren, wenn sie nur die 3 000 Pesos auftreiben könnten, die die Passage kostet. Privaten Nachrichten aus Buenos-Aires zufolge liegen dem dortigen italienischen Konsulat 45 000 Anträge auf kostenlose Rückbeförderung vor. Als besonders schwierig wird die Lage derer bezeichnet,

die Familienangehörige in Italien zurückgelassen haben in der Hoffnung, sie könnten bald das Reisegeld ersparen, um die Angehörigen nachkommen zu lassen oder aber sie seien imstande, mit ihren Ersparnissen die Zurückgelassenen zu ernähren. Während die argentinischen Auswanderungskommissionen versprochen, dass jeder seine Ersparnisse zum offiziellen Kurs nach Italien überweisen könne, wurde diese Vergünstigung sehr bald aufgehoben, ihre Wiederherstellung ist auch in absehbarer Zeit nicht zu erwarten.

Die Passagier-Listen der nach Argentinien fahrenden Schiffe zeigen, dass die Zahl der Auswanderer ständig abnimmt, während die der Rückwanderer erheblich steigt. Amtliche argentinische Stellen haben zu dementsprechenden Meldungen der italienischen Presse eine Erklärung abgegeben, in der gesagt wird, der Prozentsatz der Rückwanderer sei gering und im übrigen handele es sich nur um arbeitsscheue Elemente, die zurückkehrten. Doch sind Erklärungen dieser Art keineswegs dazu angetan, die Tatsache zu vertuschen, dass die Italiener Argentinien als Auswanderungsland abgeschrieben haben. Daraus ergibt sich die Frage, wie weit ohne genaueste Kenntnis der Verhältnisse es verantwortet werden kann, eine verstärkte Werbung für deutsche Auswanderer zuzulassen.

- - - - -

Wenn ein Berliner in Bonn vorträgt

sp. Der Magistrat von Berlin hat seit Anfang dieses Jahres einen fachkundigen Mann damit beauftragt, Westdeutschland zu bereisen und in Lichtbildervorträgen für Berlin zu werben. Dieser Mann, Dr. Georg Philipp, berichtete nun über seine Erfahrungen vor der "Berliner Pressekonferenz". Mehr als 16 000 Zuhörer hatte er in 35 westdeutschen Städten. Er teilt seine Erfahrungen in positive und negative ein. Zu den letzteren rechnet er seinen Besuch in Bonn. "Ich fand dort wenig Unterstützung bei der Stadtverwaltung", berichtete er. "Eine Plakate musste ich am Tage des Vortrags selbst unterbringen und dem Vortrag wohnte kein Vertreter der Verwaltung bei. Ganz anders war es etwa in dem kleinen Städtchen Leverkusen. Dort hatte der Oberbürgermeister den Saal schmücken lassen, begrüßte den Gast aus Berlin und berichtete von seiner letzten Berlinreise. In Bayern fand ich auch immer grosses Interesse." Da hielt Dr. Philipp

einmal einen Vortrag in einem Städtchen, in dem am Tage zuvor Dr. Hundhammer gesprochen hatte. Zum Berlin-Vortrag waren mehr zahlende Gäste erschienen als tags zuvor nichtzahlende Zuhörer zu Hundhammer.

- - - -

#### Sozialdemokratische Aktion ist kommunistisch

sp. In mehreren Briefen an die Bundestagsfraktion wird darauf hingewiesen, dass bei der Säuberung des Beamten- und Angestelltenapparates von Kommunisten in vielen Fällen die Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Aktion mit der Mitgliedschaft in der SPD verwechselt wird. Vom Büro des Parteivorstandes der SPD wird daher niemals festgestellt, dass die Sozialdemokratische Aktion eine kommunistische Tarnorganisation ist und mit der SPD nichts zu tun hat.

+ + + + +

#### GEG verwahrt sich gegen Verdächtigungen

sp. In der letzten Folge der "Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" verwahrt sich die GEG (Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumgenossenschaften) auf das entschiedenste gegen die Unterstellung, dass die GEG der SPD und den Gewerkschaften Geldzuwendungen habe zukommen lassen. Die "Konsumgenossenschaftliche Rundschau" bezieht sich auf eine Aussage des Münchener Rechtsanwalts Berthold vor dem Bonner Untersuchungsausschuss, ein Mann aus der Frankfurter Industrie, dessen Namen er nicht nennen wolle, habe sich geäußert, er könne nicht einsehen, weshalb er nicht anderen Parteien Geldzuwendungen machen solle, wenn die GEG den Gewerkschaften und der SPD Geld gebe!

"Was wir dazu zu sagen haben, steht kurz und bündig in dem Telegramm, dass die GEG daraufhin an den Untersuchungsausschuss geschickt hat," schreibt die "Konsumgenossenschaftliche Rundschau". "Hier ist es:

"Zeuge Dr. Berthold hat nach uns zugegangenen Informationen im Untersuchungsausschuss ausgesagt, ein Frankfurter Industrieller habe erklärt, dass die GEG den Gewerkschaften und der SPD Geldzuwendungen mache. Wir verwahren uns gegen diese Behauptung, die ganz offensichtlich aus Gründen der Ablenkung erfunden worden ist.

Wir bitten dringend, den Vorsitzenden unserer Geschäftsleitung, Herrn Gustav Dahrendorf (Hamburg) und den Vorsitzenden unseres Aufsichtsrats, Herrn Peter Schlack (Köln) zu vernennen."

+ + + +

Infolge des Buß- und Bet-Feiertages entfällt die Mittwoch-Ausgabe des SPD-Pressedienstes.

Die Redaktion

+

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt